

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
Innereutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 40 Pfg. :: Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtsparlasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Direction d. Discoutogel, Zweigst. Wildb.  
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren  
Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. :: Klei-  
zelle M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden  
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: Täglich 8 Uhr vormittags. :: In Kontur-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 32

Februar 1929

Wildbad, Mittwoch, den 8. Februar 1922

Februar 179

56. Jahrgang

## Sagespiegel.

Die Eisenbahndirektion Berlin gibt bekannt, daß alle Angestellten und Arbeiter, die bis Mittwoch morgens nicht in den Dienst zurückkehren, entlassen seien.

Am 14. Februar soll in Frankfurt a. M. eine internationale Sozialistenkonferenz stattfinden, die u. a. die sozialistische Einheitsfront wiederherstellen soll.

Neuerdings verlautet wieder, daß die Konferenz in Genoa auf April verschoben werden sollte.

Kardinal Gasparri ist von Pius XI. als Staatssekretär bestätigt worden.

Kammerpräsident de Nicola hat die Bildung des italienischen Kabinetts übernommen.

Der „Manchester Guardian“ meldet wieder, Lloyd George beabsichtige, zurückzutreten, statt das Parlament aufzulösen. Wahrscheinlich werde Austin Chamberlain oder ein anderer konservativer Führer die Regierung übernehmen.

Frits Hofmann ist wegen seiner Bemühungen um die Hilfsleistung für Rußland von der Sowjetregierung zum Ehrenmitglied der Moskauer Räte ernannt worden.

## Amerikas Wirtschaftsnöte.

Wie in England, so gestaltet sich auch für die wichtige nordamerikanische Union der Abschluß des Wirtschaftsjahres 1921 denkbar ungünstig. Drückende Geschäftslage, ganz oder teilweise stillgelegte Fabriken, wachsender Abwärtstrend und immer mehr anschwellende Arbeitslosenarmee! Ein paar Zahlen mögen die Veränderung gegenüber dem Vorjahre veranschaulichen:

	1920	1921
Ausfuhr (Mill. Dollar)	8228,0	4185,0
Kohlenproduktion (Mill. Tonnen)	557,0	407,0
Stahlproduktion (Mill. Tonnen)	42,1	20,1
Rohisenproduktion (Mill. Tonnen)	36,4	16,8
Gebauter Schiffsraum (Mill. Tonn.)	2,7	1,3
Konkurse:		
a) Zahl	5463	19900
b) Verbindlichkeiten (Mill. Doll.)	426,0	745,0

Die angeführten Zahlen dürften den Umfang der wirtschaftlichen Depression genügend beschreiben. Also auch für das wirtschaftlich mächtigste Land erweist sich der Weltkrieg schließlich doch nicht als ein „gutes Geschäft“. Zwar haben sich die Goldvorräte in den Gewölben der Staatsbanken ungeheuer vermehrt, Woche für Woche werden enorme Beträge des gelben Metalls nach dem amerikanischen Kontinent verschifft, um einen winzigen Teil der europäischen Schulden zu bedecken, aber trotz dieses Reichtums geht das Wirtschaftsleben des Landes ständig zurück. Der Dollar ist die Währung der Welt geworden, stolz thront er in einsamer Höhe über dem internationalen Wirtschaftschaos, aber sein hohes Ansehen wird dem Lande zum Verderben: die Käuferzahl, die amerikanischen Ware bezahlen kann, schrumpft immer mehr zusammen. Immer dünner wird der Warenstrom nach der alten Welt. Aber auch die sonstigen Absatzgebiete nordamerikanischer Fabrikate verschließen sich in zunehmendem Maße der Wareninjektion; so Südamerika und Ostasien. Kein Wunder also, daß der Amerikaner trotz seines angeborenen Optimismus wenig Freude an der Gegenwart hat. Das Herz der Arbeitslosen zählt nach Millionen. Die Unternehmungslust hat ganz erheblich nachgelassen. Das zeigen gerade die beiden Industriezweige, die vor allen anderen während des Kriegs an Umfang und Bedeutung gewonnen haben: die chemische und die Schiffbauindustrie. In der ersten wurden im Berichtsjahr nur 108 Mill. Dollar neues Kapital angelegt gegenüber 487 Millionen im Jahr zuvor und noch weit größer ist der Umschwung in der zweitgenannten Industrie, lauten doch hier die Ziffern 60 Millionen gegenüber 585 Millionen Dollar. Diese Angaben zeigen wohl mit aller Deutlichkeit, wohin die Reise geht. So muß auch die amerikanische Union eine recht kostspielige weltwirtschaftliche Lehrzeit durchmachen, bis sie zu der Einsicht kommt, daß sich heute kein Land aus dem Zusammenhang mit allen übrigen lösen kann, ohne ernstlichen Schaden zu nehmen. Wer also seinen eigenen Vorteil will, muß auch den Nutzen der Anderen wollen.

Der Unfriede von Versailles hat auch die „Staaten“ in seinen verderblichen Strudel gerissen, sie haben am Schaffen des Chaos mitgearbeitet, sie dürfen sich nun der nächsten Mitarbeit am wirklichen Wiederaufbau nicht entziehen. Dazu zwingt die eherner Logik der Tatsachen. Die Solidarität der Welt ist kein müßiges Hirngepinnt erdenfremder Phantasten — sie kommt gerade dort am sichtbarsten zum Ausdruck, wo die Materie herrscht; im Wirtschaftsleben der Völker.

## Was muß der Baumbesitzer vom Nachbarrecht wissen?

L.C. Ueber das Nachbarrecht bestehen oft viel Unklarheiten. Daher seien hier einige Ausführungen über die betr. Bestimmungen des bürgerlichen Rechts gemacht.

1. Die Wurzeln eines Baumes oder Strauches, die dein Grundstück beeinträchtigen, also vom Nachbargarten eingebracht sind und deinen in der Nähe stehenden Bäumen die nötige Feuchtigkeit entziehen, kannst du ohne zu fragen, abschneiden und behalten. (B.G.B. § 910.)

2. Die Zweige, welche vom Nachbargarten überragen, unterliegen demselben Recht; nur mußt du hier nach Gesetzesvorschrift dem Garteneigentümer eine angemessene Frist zur Beseitigung der Zweige stellen. Verschleht dies bis Ablauf derselben nicht, so kannst du zur Selbsthilfe greifen; wiederum vorausgesetzt, daß durch die überhängenden Zweige deinen eigenen in der Nähe stehenden Pflanzen Sonnenschein und Regen entzogen wird; andernfalls erfolgt das Abschneiden zu Unrecht, verpflichtest dich zu Schadenersatz und die Zweige dir nicht behalten werden. Zu beachten ist, daß das Selbsthilferecht das Klagerrecht ausschließt; du kannst also nicht gegen den Nachbar auf Beseitigung der Zweige und Wurzeln klagen. Etwas anderes ist es, wenn nicht die Zweige eines Baumes, sondern etwa ein schiefgewachsener Stamm in deinen Garten hinüberragt; dann darfst du nicht zur Selbsthilfe schreiten, sondern du mußt den Eigentümer des Baumes auf Beseitigung verklagen. (B.G.B. § 1004.)

3. Die Früchte, die von einem Baum oder Strauch, sei es inolge Reife, Sturmes oder Schätteleins auf dein Grundstück hinüber fallen, sind als Früchte deines Gartens anzusehen. Schüttelest du aber selbst die Früchte, so handelst du wider rechtlich und mußt sie dem Baumeigentümer herausgeben; auch ist die er berechtigt, die zu deinem Garten überhängenden Früchte von seinem Grundstück aus durch Überlangen zu pflücken; keinesfalls aber brauchst du ihm das Betreten deines Grundstückes zum Zwecke des Pflückens der Früchte zu gestatten oder beim Obstpflücken auf dein Grundstück gefallene Früchte herauszugeben. (B.G.B. §§ 903, 905.)

Wenn das Nachbargrundstück eine öffentliche Straße oder ein öffentliches Platz ist, so gehören die Früchte des Baumes dem Eigentümer desselben, er darf sie also von der Straße weg an sich nehmen; würde dies ein Dritter tun, so ist es Diebstahl. (B.G.B. § 911.)

Die Früchte eines Baums oder Strauchs, der von der Grenze der beiden nachbarlichen Grundstücke durchschnitten wird, gehören den Nachbarn je zur Hälfte; ebenso der Baum, wenn er gefällt werden sollte. Die Beseitigung eines solchen Baums kann jeder Nachbar verlangen; die Kosten gehen alsdann auch zu gleichen Teilen.

Verzichtet jedoch der andere auf seine Ansprüche an dem Baum, so hat der die Beseitigung verlangende Nachbar die Kosten allein zu tragen; in diesem Fall hat er mit der Enternung des Baums das Allinjektivum an demselben erworben. (B.G.B. § 923.)

## Der Eisenbahnerstreik.

Endlich dämmert ein Hoffnungsstrahl auf, daß man in Berlin auf den Weg der Verständigung gelangt u. will. Die Verhandlungen, die am Montag im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Hauptgewerkschaften und des Deutschen Beamtenbunds geführt wurden, hatten wenigstens das eine Ergebnis, daß die bereits gemeldeten Vorschläge der Reichsregierung als eine geeignete Grundlage zur Verständigung betrachtet wurden. Selbst die Reichsgewerkschaft, mit der die Vertreter der Hauptgewerkschaften und des Beamtenbunds unmittelbar nach der Besprechung im Ministerium in Fühlung traten, mußte das weite Entgegenkommen der Regierung anerkennen, sie beharrte aber auf der Forderung, daß keinerlei Maßregelungen wegen des Streiks stattfinden dürfen. Zuvorward die Regierung auch in diesem Punkt nachgeben

kann und will, dürfte erst in der Kabinettsitzung entschieden werden, die für Dienstag vormittag anberaumt war.

Die Forderung der Unterlassung der Maßregelung wird nun allerdings durch eine Streikdrohung des Reichsverbands der Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Berlin, der nach einer Mitteilung der Berliner „Freiheit“ (Unabh. Soz.) für Dienstag mittag 12 Uhr den Streik ankündigt, falls die Regierung bis dahin nicht eine Erklärung abgibt, daß sie auf die Maßregelungen verzichte. Nichtsdestoweniger läßt sich feststellen, daß die Streikluft im allgemeinen nicht mehr groß ist, obgleich oder wohl weil jetzt gerade von kommunistischer Seite die größten Anstrengungen gemacht werden, den Streik zu einer rein politischen Sache und zu einer hauptsächlich gegen die beiden anderen sozialistischen Parteien gerichteten Kraftprobe zu machen. Die Unabhängigen und noch schärfer die Mehrheitssozialdemokraten gehen daher schonungslos gegen die Streikheer los, die z. B. der „Vorwärts“ mit den stärksten Worten verurteilt. Die städtischen Arbeiter Groß-Berlins haben, wie die „Post. Zig.“ berichtet, ihren „Sympathiestreik“ mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt und beschlossen, nachdem der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter u. a. einen Aufruf an sie zur Wiederaufnahme der Arbeit erlassen hatten. Berlin wird also wieder das Nötigste an Elektrizität, Gas und Wasser erhalten; da die Angestellten und Arbeiter der Hochbahn die Beteiligung am Streik mit großer Mehrheit ablehnten, und der Kolbetrieb der Eisenbahn jetzt besser arbeitet, kann auch der tägliche Verkehr in der Großstadt selbst wieder in der Hauptsache bewältigt werden. Das allgemeine Wirtschaftsleben wird aber noch einige Zeit unter dem Streik und seinen Nachwirkungen zu leiden haben.

Im übrigen Reich hat sich die Lage noch wenig verändert, immerhin scheint nach den vorliegenden Berichten nirgends eine Verschlimmerung eingetreten zu sein, nur in Magdeburg sind wegen Verweigerung einer sogenannten Streikarbeit von der Eisenbahndirektion etwa 1500 Arbeiter der Betriebswerkstätten ausgeperrt worden. Dem stehen aber in einigen Direktionsbezirken Zugänge von Arbeitswilligen gegenüber.

In Baden ist die Lage unverändert. Die Lokomotivführer in Württemberg haben in einer Versammlung in Stuttgart am Montag beschlossen, noch eine abwartende Haltung einzunehmen, auch in diesen Kreisen ist die Neigung zum Streik nicht groß. Eine Lokomotivführerverammlung in München, die aus ganz Bayern besucht war, lehnte den Streik mit 42 gegen 4 Stimmen ab, obgleich in der Versammlung, ähnlich wie bei der Abstimmung in Karlsruhe, von radikaler Seite fälschlich behauptet worden war, die württembergischen Lokomotivführer haben den Ausstand beschlossen. Die drei Gewerkschaftsgruppen der bayerischen Metallarbeiter haben sich mit großer Mehrheit für eine Vertagung des Streiks ausgesprochen. Die Ablehnung in Bayern dürfte für die weitere Entwicklung der Streikbewegung von großem Einfluß sein.

Der Eisenbahnverkehr ist aber auch in Gebieten, wo nicht gestreikt wird, wie in Württemberg und Bayern, schon aufs empfindlichste durch den Kohlenmangel gestört. Ueberall ist nun die Beschlagnahme der Kohlen verfügt und eine große Zahl von Zügen muß ausfallen, eine Zwangslage, die sich wesentlich verschärfen wird, wenn der Streik noch einige Tage dauern sollte. So wird aus Berlin berichtet, daß die Kohlenvorräte für den Hausbrand vollständig erschöpft seien und daß die Versorgung der Bäckereien und Fleischerien aufs schärfste gefährdet sei. Die städtischen Betriebe haben Kohlen nur noch für wenige Tage. In Magdeburg wurden die Krupp-Werke wegen Kohlenmangels am Montag stillgelegt und in Erfurt mußte die Straßenbahn den Betrieb einstellen.

Stuttgart, 7. Febr. Zur Beförderung von Reichstagsabgeordneten nach Berlin für den auf Dienstag vorgesehenen Wiederzusammentritt des Reichstags hat die Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart die Ausübung des D-Zugs 33 am Dienstag, den 7. Februar, den beteiligten Direktionen vorgeschlagen.

### Weitere Streiknachrichten.

Berlin, 7. Febr. Der Betriebsrat der Hoch- und Untergrundbahn hat beschlossen, den Betrieb heute mittag einzustellen.

Wegen Mangels an Elektrizität, Gas, Papier und des

eingestellten Betriebsbetriebs konnten bereits ver-  
schobene Blätter nicht mehr ausgegeben werden. Der  
größte Teil der Schulen wurde wegen Kohlenman-  
gels geschlossen.

**Karlsruhe, 7. Febr.** Heute morgen ist für den Berufs-  
verkehr eine größere Anzahl von Zügen, wenn auch  
teilweise mit beträchtlicher Verspätung, gefahren worden.  
In Hohenheim wurde der erste in der Richtung nach  
Mannheim fahrende Arbeiterzug von Arbeitern aufge-  
halten. Das Zugpersonal wurde bedroht. Die Loko-  
motive wurde abgehängt und der Zug zwei Stunden  
an der Weiterfahrt verhindert. In Mannheim sind  
gestern nachmittag um 4 Uhr Stellwerkwärter in den  
Ausstand getreten. Die Bedienung der Stellwerke wird  
durch arbeitswillig gebildetes Personal aufrecht erhalten.

Der Haushaltsausschuß des Landtags konnte wegen  
des Eisenbahnstreiks seine Beratungen heute nicht auf-  
nehmen.

Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat einen  
Kraftwagen-Verkehr von Karlsruhe nach Mann-  
heim, Heidelberg, Pforzheim und Offenburg und zurück  
eingedacht, damit während des Bahnstreiks dringende  
Besuchen ausgeführt werden können.

### Vorbereitungen für einen Bürgerabwehrstreik.

**Berlin, 7. Febr.** Nach amtlicher Mitteilung wer-  
den in Marienburg und Allenstein Vorbereitungen für ei-  
nen Bürgerstreik getroffen.

Die Technische Rothhilfe hat in den einzelnen  
Direktionsbezirken folgende Ausschüßkräfte zur Verfügung  
gestellt: über 800 Lokomotivführer, über 1000 Heizer  
und Fahrpersonal, über 300 Arbeiter-Hilfspersonal. Im  
Direktionsbezirk Berlin ist die Technische Rothhilfe mit  
1600 Lokomotivführern, 230 Heizern und sonstigem Fahr-  
personal und 1200 Arbeiter-Hilfspersonal eingesetzt wor-  
den.

### Zur Streikfrage.

**Stuttgart, 7. Febr.** Wie von zuständiger Seite mit-  
geteilt wird, ist die Lage in Württemberg un-  
verändert. Es wird nicht gestreikt. Die Stimmung  
des württ. Lokomotivpersonals ist heute ruhiger als  
in den letzten Tagen. Der Güterverkehr ist wegen des  
Niedrigs der Frachten erheblich eingeschränkt.

Forderungen des württ. Eisenbahner-  
verbands. Die Vertreter des württ. Eisenbahner-  
verbands, der Postgewerkschaft, der deutschen Verkehrs-  
beamten-gewerkschaft (Württ. Eisenbahnbeamtenverein)  
unterbreiteten dem Staatspräsidenten eine Reihe von  
Wünschen ihrer Organisationen. Nach Beratung im  
Staatsministerium erklärte der Staatspräsident der Ab-  
ordnung, daß die württ. Regierung den vorgetragenen  
Wünschen entspreche und hienach: 1. sich in Berlin für  
eine beschleunigte Nachprüfung und Umarbeitung der  
Besoldungsordnung im Sinn der Anpassung vor allem  
der unteren Bezüge an die jetzigen Teuerungsverhält-  
nisse einsetzen werde, 2. in Berlin wie bisher darauf  
dringen werde, daß die Staatsverträge btr. den Ueber-  
gang der Staatseisenbahnen und Posten vom Reich  
loyal durchgeführt und insbesondere auf die Eigenart  
der bisherigen württ. Dienstorganisation und der son-  
stigen besonderen württ. Verhältnisse die nötige Rück-  
sicht genommen werde, 3. für eine gerechtere Orts-  
klasseneinteilung eintreten und 4. dahin wirken werde,  
daß die vom Reich beabsichtigten Uebersteuerungszu-  
schüsse nicht zu einer Quelle neuer Unzufriedenheit  
werden.

### Sperrmaßnahmen für die Elektrizitäts- und Gaswerke als Folge des Verkehrsstreiks.

Nach dem Uebergreifen des Eisenbahnstreiks auf  
Baden ist Württemberg von jeder Brennstoffzufuhr  
abgeschnitten. Auf dem direkten Bahnweg traten, da  
Württemberg mit seinem Brennstoffbezug in der Haupt-  
sache auf Rheinland-Westfalen und auf Mitteldeutsch-  
land angewiesen ist, sofort nach Beginn des Verkehrs-  
streiks starke Ausfälle ein. Die auf dem Rhein  
nach Süddeutschland gelangenden Kohlenmengen konn-  
ten von den Umschlagplätzen Mannheim und Karls-  
ruhe abtransportiert werden, solange der Zugverkehr  
Badens im Gange war, und ab Rehl stand den Elektri-

zitäts- und Gaswerken, allerdings für den sehr hohen  
Auslandspreis, noch Saarlothe zur Verfügung.

Die Unterbindung der Zufuhren aus allen Bezugs-  
gebieten hat zur Anordnung besonderer Notmaß-  
nahmen genötigt. Schon am 3. Februar 1922 sind  
die Orts- und Bezirkskohlenstellen angewiesen wor-  
den, die noch vorhandenen Brennstoffvorräte für die  
unter den Hausbrand fallenden besonders lebenswichti-  
gen Betriebe (Lebensmittelbetriebe, Wasserwerke usw.)  
auf dem Weg der Beschlagnahme sicher zu stellen.  
Da nun aber die Brennstoffzufuhren vollständig auf-  
gehört haben, ist den Orts- und Bezirkskohlenstellen  
weiter mitgeteilt worden, daß überall dort, wo die  
von den genannten Stellen bereits sicher gestellten  
Kohlenvorräte für die Fortführung der besonders le-  
benswichtigen Betriebe nicht sicher ausreichen, das  
Landesbrennstoffamt bereit ist, von seinem Beschlag-  
nahmerecht auch gegenüber Brennstoffvorräten bei der  
Industrie Gebrauch zu machen und solche den Orts-  
und Bezirkskohlenstellen für die besonders wichtigen  
Hausbrandbetriebe zur Verfügung zu stellen. Anträge  
wegen Inanspruchnahme von Brennstoffvorräten der  
Industrie sind von den Versorgungsbezirken beim Lan-  
desbrennstoffamt einzureichen, das sie telephonisch ent-  
gegennimmt und beschleibt.

Zu den besonders lebenswichtigen Betrieben, die nicht  
unter den Hausbrand fallen, gehören in erster Linie  
die Elektrizitäts- und Gaswerke, zum Teil  
auch Wasserwerke. Die Bevorratung der Elektri-  
zitätswerke ist eine wesentlich bessere als diejenige der  
Gaswerke, von denen der größte Teil nur über ver-  
hältnismäßig geringe Kohlenvorräte verfügt. Das Lan-  
desbrennstoffamt hat sich darauf beschränkt, die Elek-  
trizitätswerke anzuweisen, ihre Kohlenvorräte aufs  
späteste einzuteilen, sich darauf einzustellen, daß auch  
nach der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs min-  
destens 10 Tage vergehen werden, bis die Verkehrs-  
verhältnisse wieder geordnet sind und die Strom-  
abgabe, soweit die Lieferung von Dampfstrom in  
Frage kommt, möglichenfalls soweit einzuschränken,  
daß in der Nachtzeit nur noch Strom für Beleuch-  
tung abgegeben wird.

Soweit Strom geliefert werden kann, der aus Was-  
serkraft erzeugt wird, ist zu Einschränkungen in der  
Stromlieferung kein Anlaß gegeben. Bei den ganz oder  
vornügend mit Dampfkraft arbeitenden Elektri-  
zitätswerken sind, soweit sie nicht über bedeutende  
Vorräte an Auslandslohe verfügen, stark fühlbare  
Einschränkungen in der Stromabgabe nicht zu ver-  
meiden. Die umfangreiche Verwendung von Auslands-  
lohe zwingt die betreffenden Werke zu Preiserhö-  
hungen, die zweifellos dem Aufhören der Stromlie-  
ferungen vorgezogen werden.

Größer ist die Gefahr des völligen Erliegens bei den  
Gaswerken. Etwa die Hälfte der württ. Gaswerke  
hat Kohlenvorräte nur für wenige Tage. Die Gasabgabe muß deshalb von allen Gaswerken  
mit Vorräten für weniger als zwei Wochen sofort  
eingeschränkt und bei Werken mit einem Kohlen-  
vorrat für weniger als sieben Tage auf die Beleuch-  
tungs- bzw. die Kochstunden beschränkt werden.  
Bei Gaswerken, die mit Auslandslohe weiter arbeiten  
können, ist ebenfalls mit entsprechenden Preiserhö-  
hungen zu rechnen.

## Neues vom Tage.

### Der Segen des Papstes.

**Rom, 7. Febr.** Während bisher die Päpste nach  
ihrer Wahl seit Pius IX. vom inneren Altar der  
Basilika herab den Segen erteilt hatten, spendete Pius  
XI. ihn erstmals wieder, während die vor dem Bau  
aufgestellten italienischen Truppen präsentierten, vom  
äußeren Altar aus, womit ausgedrückt war, daß der  
Segen nicht nur dem auf dem St. Petersplatz ver-  
sammelten Volk, sondern der Stadt Rom, ganz Ita-  
lien und der ganzen Welt gelte. In Kreisen der ita-  
lienischen Regierung hat dies einen guten Eindruck  
gemacht.

### Neue Schwierigkeiten in der irischen Frage.

**London, 7. Febr.** Bei der Festsetzung der Grenze  
zwischen dem nordischen Ulster und Südirland haben  
sich bedeutende Schwierigkeiten ergeben. Der Ulster-  
führer Craig hat an den Verhandlungen nicht teil-  
genommen.

**Das Reichsamt Schiffe vor einer neuen Krise.**  
Wien, 7. Febr. Das Kabinett Schöber steht vor  
einer neuen Krise. Der Finanzminister Gattler ist  
von der Christlich sozialen Partei fallen gelassen  
worden.

### Streik in Transvaal.

**London, 7. Febr.** In den Diamantminen von Jo-  
hannesburg und in den damit verbundenen Indus-  
trien, wo meist farbige beschäftigt werden, ist ein  
gefährlicher Streik ausgebrochen, der stellenweise den  
Charakter eines Aufstands angenommen hat. Die Ver-  
mittlung des Generals Smuts blieb erfolglos. Die al-  
ten Burenführer wollen eine Bewegung einleiten, um  
die Nadelstiche zu verjagen.

## Württemberg.

**Stuttgart, 7. Febr.** (Kein Gasmangel.) Wie  
das Gaswerk Stuttgart mitteilt, gestattet sein Kohlenvor-  
rat, den Betrieb vorläufig in vollem Umfang aufrechtzu-  
halten. Auch das Elektrizitätswerk bleibt für die näch-  
sten Tage voll in Betrieb.

**Stuttgart, 7. Febr.** (Kündigung des Lohn-  
tarifs.) Die hiesigen Schuhmachermeister, die in drei  
Gruppen organisiert sind, haben den Lohn- und Ar-  
beitsvertrag auf 28. Februar gekündigt.

Die Tiergartenfrage. Der Cannstatter Brun-  
nenverein hat die Verlegung des Tiergartens in die  
Kurfaulanlagen abgelehnt. Eine neue Lösung soll dadurch  
gefunden sein, daß ein Stuttgarter Bürger das Unter-  
nehmen an einem bekannten Platz weiterführen werde.

**Cannstatt, 7. Febr.** (Markt.) Der Viehmarkt  
(Rind, Schweine, Kübler- und Holzmarkt) findet am  
Donnerstag, den 16. Febr., von vormittags 8 Uhr an auf  
dem Säulenwasen statt.

**Esslingen, 7. Febr.** (Schmudwarendiebstahl.)  
Bei Goldarbeiter Brand entwendete ein Dieb aus dem  
Schaufenster Schmudwaren im Wert von 1600 Mark.  
Er wurde von der Straße aus beobachtet und konnte fest-  
genommen werden.

**Weilbrunn, 7. Febr.** (Kraftwagenverkehr  
nach Pforzheim.) In einer Versammlung des Bezir-  
krats und der Vertreter der beteiligten Gemeinden  
unter Vorsitz des Oberamtmanns Kircher wurde beschlos-  
sen, die bereits seit dem Vorjahre bestehende Kraftwagen-  
linie von Pforzheim bis zur Landesgrenze (Mühlhausen  
in Baden), von da ab durch das Württal über Hausen  
und Merklingen nach Weilerbrunn weiterzuführen. Der  
Betrieb soll schon im Frühjahr aufgenommen werden.

**Alpberg, 7. Febr.** (Gemeindehaus.) Der Ge-  
meinderat beschloß, ein Gemeindehaus mit einem Kosten-  
aufwand von 560 000 Mark zu erstellen, um dadurch  
neue Unterrichtsstellen und Wohnungen zu schaffen. Im  
Ostertal soll für die Industrie neues Gelände erschlossen  
werden.

**Heilbronn, 7. Febr.** (Diebstahl.) Die Aus-  
helfskellnerin Franziska Ungerer hat einem hiesigen Wirt  
18 000 Mark entwendet. Der Händler Johann Gyp-  
pinger leistete dabei Hehlerdienste. Beide wurden ver-  
haftet. Hinter einem Fensterladen hatte die Diebin  
einen ansehnlichen Betrag versteckt.

**Mergentheim, 7. Febr.** (Brand.) In der an das  
Bischöfliche Knaben-Seminar Maria-Hilf angebauten  
Scheuer brach Feuer aus. Die 80 Jünger des Semi-  
nars waren gerade beim Abendessen. Es gelang, das  
Wohngebäude zu retten. In die Scheuer war auch ein  
Schlafsaal eingebaut. Der Schulbetrieb erleidet keine  
Störung.

**Nürtingen, 7. Febr.** (Schwarzbrenner.) Hier  
kam man einer im vorigen Jahr betriebenen Schwarzbrun-  
nerei mit Marmelade auf die Spur. Es wurden des-  
wegen drei Personen festgenommen und in das Amts-  
gericht eingeliefert.

**Göppingen, 7. Febr.** (Eisenbahnunfall.) Der  
Personenzug Nr. 3 vorm. 6 Uhr ist bei der Einfahrt in  
die Station Wächterbeuren infolge falscher Weichenstellung  
auf bereitgestellte Verstärkungswagen aufgestoßen. Fünf  
Reisende wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist  
nicht erheblich.

## Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höder.

66.

(Nadruß verboten.)

Mehligs freiwilliger Tod vermochte seine Mitschuldigen,  
die eigene Tochter und deren Verlobten, indessen  
nicht von ihrem wohlverdienten Schicksal zu erretten,  
mochten sie nun auch in feigem Selbstverhaltens-  
trieb alles Verschulden von sich ab auf den Selbstge-  
richteten wälzen. In dem unglücklichen Sanders war  
ihnen ein Belastungszeuge entstanden, dessen nieders-  
schmetterndes Zeugnis sie nicht von sich abschütteln  
konnten.

An jenem Samstag nachmittag war Sanders wirk-  
lich in der Absicht aus dem Hause seiner Tochter, wo  
er einen Zufluchtsort gefunden, gegangen, den Lamm-  
wirt unterwegs zu stellen und zur Rechenschaft zu  
ziehen. Von Jungnidel hatte er von der Absicht  
Hindewalds, die Kaufsumme am Nachmittag selbst nach  
Hohenbronn zu bringen, erfahren und alles Segen-  
reden seiner besorgten Tochter war vergeblich geblieben.  
Jungnidel selbst war nicht zu Hause gewesen, um ihn  
zurückzuhalten; er hatte der Versuchung nicht wider-  
stehen können, einen Rehbod zu schießen, dessen Wechsel  
er aufgespürt. Ganz von dem Drange beherrscht, den  
ruchlosen Vernichter seines Lebensglücks zu stellen, war  
Sanders durch den Schneesturm der Landstraße hin-  
unter gefahren. Untermwegs, viel weiter unten, als  
an der Stelle, wo die Straße einen Hohlweg bildete,  
war ihm Hindewalds Schlitten entgegengekommen und  
Hindewald den Sidrenfried mit der Peitsche bedienend  
er hatte sich diesem in den Weg geworfen. Zuerst hatte  
wollen; dann, war er freidebleich geworden, und hatte  
es ruhig gebüdet, daß Sanders dicht an den Schlitten  
herangetreten war. Warum sein Erscheinen so läh-  
mend auf den starken Mann eingewirkt, konnte niemals  
mehr offenbart werden, da der Tod die Lippen des

Lammwirts geschlossen hatte. Aus verschiedenen Grün-  
den kam das Gerücht zu der Mutmaßung, daß Mehlig  
seinem Brotgeber, wahrscheinlich um leichter von ihm  
Geld erpressen zu können, schon wiederholt gedroht  
hätte, das Geheimnis jener Mordnacht an Sanders  
zu verraten; vielleicht hatte er ihm auch angedeutet,  
daß er durch Vermittlung seines künftigen Eidams, des  
Irenenhausausseher Schaidle, schon mit dem unschuldig  
im Zuchthaus schmachtenden sich in Verbindung gesetzt  
habe; eines Verrats von Mehlig hatte der Lammwirt  
sich jedenfalls immer versehen, stellte es sich doch auch  
heraus, daß der Postbote sich häufiger Geldunterschla-  
gungen schuldig gemacht und wahrscheinlich aus diesem  
Grunde hatte der Lammwirt ihm auch nicht die Be-  
sorgung des Kaufgeldes anvertrauen wollen und war  
selbst trotz des Unwetters nach Hohenbronn gefahren.  
Wie sich dies alles auch verhalten haben mochte, tat-  
sächlich hatte das plötzliche Auftauchen des für Le-  
benszeit im Zuchthaus begrabenen Geglauten auf den  
Lammwirt einen geradezu lähmenden Eindruck gemacht.  
Dieser war augenscheinlich gar nicht einmal auf den  
Gedanken gekommen, es mit einem Ausbrecher zu tun  
zu haben, den er mit starker Faust nur fassen und  
beim Bürgermeister in Hohenbronn abzuliefern brauch-  
te, um ihn zum andermal unschuldig zu machen; sein  
böses Gewissen ließ ihn sich von Mehlig bereits ver-  
raten und den Securiteiten vorläufig wieder in Frei-  
heit gesetzt sehen. Mit heiserer Stimme fragte Sanders,  
ohne mit diesem sich weiter einzulassen, ob er ihm  
Gelegenheit zur Aussprache geben wollte. Hier auf  
der Landstraße sei dies unmöglich; aber wenn dieser,  
der ja in der Umgegend von früher her gut bekannt  
sei, in einer Stunde am Eingang des Steinernen  
Meeres sein wolle, so würde er sicher mit ihm zusam-  
mentreffen. Warum der Lammwirt sein früheres Opfer  
an diesen Platz bestellt, was er mit ihm borgehabt, das  
hätte er als ungelöstes Geheimnis ebenfalls mit sich ins  
Grab genommen. Wahrscheinlich aber hatte er die

Beseitigung des Unglücks zu geplant und ihn deshalb  
an einen Ort bestellt, wo er seinen Körper leicht spur-  
los verschwinden lassen konnte. Wohl um Sanders  
ganz sicher zu machen, hatte er diesem noch ange-  
deutet, daß der gegen ihn gerichtete Verdacht falsch, er,  
der Lammwirt aber gewillt sei, nunmehr den Namen  
des wirklichen Mörders zu nennen, um des früheren  
Jugendfreundes Begnadigung zu erzielen. Er hätte  
den Unglücklichen noch mit plumperen Vorpiegelungen  
in die Falle locken können, denn in diesem brannte  
nur noch eine Sehnsucht: den Mörder von sich genommen  
zu wissen; zudem hatte die geistige Erkrankung tiefe  
Spuren zurückgelassen und sein Gemütszustand gleich  
dem eines unerfahrenen, gläubigen Kindes. Kaum  
hatte der Lammwirt das Versprechen seines Opfers,  
mit ihm auf der Höhe des Steinernen Meeres zusam-  
mentreffen, da hatte er den Braunen auch schon  
mit wütendem Streiche die Peitsche zu kosten gegeben  
und war in fieserer Flucht bergan gewirbelt. Die  
Beweggründe, welche ihn bei seinem seltsamen Ver-  
halten in Hohenbronn geleitet, Heßen sich gleichfalls  
nur vermuren; er mochte mit finstern Gedanken um-  
gegangen sein, darauf ließ das rasche, reichliche Trin-  
ken des sonst so Mäßigen und das Entleeren des Wa-  
genfelles schließen; auch die Nichtbezahlung der Kauf-  
summe und die unwahre Vorgabe, er habe seine Brief-  
tasche dahelme vergessen, rechtfertigen eine solche An-  
nahme. Ihm hatten wohl auch Fluchtgedanken im  
Kopf gepult; ohnehin hatte er im voraus nicht beur-  
teilen können, wie seine Zusammenkunft mit dem ehe-  
maligen Jugendfreunde endigen würde. Darum hatte  
er das Kaufgeld in der Tasche behalten und nicht ein-  
mal die geringfügige Zeche gezahlt. So rasch wie mög-  
lich war er wieder aufgebrochen, um mit Sanders  
zusammentreffen, und der ihn beherrschende dunkle  
Drang hatte ihn geradewegs seinem Verhängnis in  
die weit offenen Arme getrieben.

(Fortsetzung folgt.)

Geistlichen a. St., 7. Febr. (Gesellschaftlicher Sturm.)  
Nachts fiel bei einem durchfahrenden Güterzug ein Schaffner so unglücklich vom Wagen, daß er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Kiplegg, O. A. Wangen, 7. Febr. (Besitzwechsel.)  
Die heilige Wafnhofrestauration ging um 650 000 M. in den Besitz von Landwirt Holz von Wolferathshofen über.

## Landwirtschaftliche Woche.

### Württ. Baumwarte.

Anlässlich der landw. Woche hatten sich am Samstag nachmittag die württ. Baumwarte zu einer Tagung im Zentralhotel unter Vorsitz des Oberamtsbaumwarts Brugger-Mavensburg zusammengefunden. Aus dem Jahresbericht ist besonders erwähnenswert die Einführung einer Prüfung für Baumwarte und Oberamtswarte durch die Landwirtschaftskammer. Bei der Wahl des Vorstands wurde Oberamtsbaumwart Brugger zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Der zweite Vorsitzende Ruchte-Biberach wurde zum Ehrenmitglied ernannt und an seine Stelle Oberamtsbaumwart Bonz-Badnang gewählt. Der Vorsitzende hielt hierauf einen Vortrag über zeitgemäße Aufgaben für den Baumwart zur Hebung des Obstbaues. Die Landwirtschaftskammer hat für die Anstellung von Oberamts- und Gemeindebauwarten einen Dienstvertrag ausgearbeitet.

### Eröffnung des Hauses der Landwirte.

Am Samstag in der sechsten Abendstunde fand im früheren Restaurant „Kaiserhalle“ die Einweihung des vom Landw. Hauptverband neu erworbenen Heimstätten. Im ersten und zweiten Stock befinden sich die Büroräume des Verbands, im Erdgeschoss die geräumigen Restaurationsräume des „Hauses der Landwirte“. In trefflichen Worten feierten der Verbandsvorsitzende Manz und der Geschäftsführer Bräuninger das neue Verwaltungsgebäude als ein Beratungshaus für alle einschlägigen Berufsfragen ihrer Mitglieder.

### Begrüßungsabend der Hohenheimer Studentenenschaft.

Im großen Stadtgartensaal fanden sich am Samstagabend die vereinigten Hohenheimer Körperschaften zu einem Begrüßungsabend zusammen. Land. agr. Eugen Stäble wies auf die enge Verbindung der Landwirtschaft und Hochschule hin und legte bei der Stellung im Volkswirtschaftslehre dar. Der Präsident der Landwirtschaftskammer führte darauf mit passenden Worten in unsere jetzige ernste Lage hin-in und zeigte der studentischen Jugend ihre große Aufgabe, Führer für den Wiederaufstieg zu stellen. Nach ihm widmete Professor Dr. Wader, (Hohenheim) der schönen Einnützigkeit der Korporationen bei Veranstaltung des Abends, wie sie hauptsächlich für Deutschland symbolisch werden möge, warme Anerkennung. Rektor Dr. Gutbier begrüßte die Versammlung im Namen der Stuttgarter Hochschule.

### Mitgliederversammlung des Landw. Hauptverbands.

Am Sonntag vormittag trat im Festsaal der Lieberhalle die Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbands. Zu Tausenden waren die Landwirte herbeigeeilt und füllten dichtgedrängt den Saal und die Galerie.

Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden des Landw. Hauptverbands, Schultheiß Manz eröffnet. Er begrüßte den Ernährungsminister Keil, den Vertreter des Staatsministeriums, Präsident v. Sting, die Vertreter des bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft, des badischen Ministeriums des Innern und der verschiedenen, auch ausserwürttembergischen Landwirtschaftskammern.

Dann über die Vorlesung etwa aus dem offenes Geheimnis, daß das heutige Deutschland zur Gewinnung seiner Lage auf die Landwirtschaft angewiesen ist. Wir sind zu Mehrleistungen gezwungen. Das wichtigste ist heute die Herbeiführung der Unabhängigkeit vom Ausland. Die Mittel und Wege zur Mehrerzeugung sollen gerade in dieser Ausstellung gezeigt werden.

Ernährungsminister Keil erwiderte, wenn er der Einladung gefolgt sei, so nicht lediglich aus einem dienstlichen Pflichtgefühl, sondern aus dem persönlichen Interesse heraus. Sein Erscheinen werde die Versammlung überrascht haben, denn die Sozialdemokratie gelte als ein Feind der Landwirtschaft. Der angebliche Feind der Landwirtschaft stehe mit gutem Gewissen und offenem Blick vor der Versammlung. Man brauche nicht Landwirt zu sein, um anzuerkennen, daß die Landwirtschaft als die Mutter aller Kultur gelte. Auch die Entwicklung unseres Staats- und Volkslebens zu Industrie- und Handelsstädten ändere nichts an dieser alten Wahrheit. Sie verschleierte den Zusammenhang zwischen Boden- und Volkskultur, beseitige ihn aber nicht. Die Einsicht in die landwirtschaftlichen Dinge solle ein Bestandteil der allgemeinen Bildung werden. Es wäre aber zu wünschen, daß auch die Landwirte einen freien Einblick in die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung tun würde, um zu sehen, wie groß hier die Not und wie schwer die Befriedigung der Lebensbedürfnisse sind. Unsere Aufgabe ist es, uns selbst ehrlieh zu dem Gedanken des Rechts zu bekennen, den wir den andern zum Vorwurf machen. Die Bestrebungen des Reichsausschusses der Landwirtschaft seien anzuerkennen. Der Ernährungsminister wurde während seiner Ausführungen mehrmals stürmisch unterbrochen, fand aber am Schluß Beifall.

Nun erstattete der Geschäftsführer des Landw. Hauptverbands, Bräuninger, den Bericht des abgelaufenen Jahres. Die Verständigung mit der Regierung ist demnach eine bessere geworden. Der Hauptverband habe gegen das Umlageverfahren als ein Unrecht Stellung genommen. Die Herabsetzung der Frischmilchlieferung aus der Zwangswirtschaft werde auch die Milchherzeugung steigern. Produktionssteigerung und Zwangswirtschaft werden niemals vereinbar sein. Sollte die Regierung die Zwangswirtschaft in irgend einer Form wieder einzuführen versuchen, so werde sie auf den gekloffenen Wider-

stand der Landwirtschaft stehen. Die Produktionssteigerung hängt auch von der Verbesserung der landwirtschaftlichen Winterkulturen ab. Die Landwirte müßten versuchen, auf die Marktverhältnisse einen größeren Einfluss zu bekommen. Die heutige Versammlung soll auch als eine Art Protest gegen die einseitige Besteuerung der Landwirtschaft aufgefaßt werden. Für den Ausgleich zwischen Stadt und Land wäre schon viel gewonnen, wenn von den Stadtbewohnern berücksichtigt würde, daß auch die Landwirte unter der Geldentwertung zu leiden haben. Der Berichtsführer erwähnte dann noch die Landarbeiterfrage, die besonders im kommenden Sommer zu Schwierigkeiten führen werde, den Achttundentag und die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Frauen.

Im Sinn dieses Berichts wurden mehrere Entschlüsse einstimmig angenommen.

Von besonderer Bedeutung war der Vortrag von Domänenpächter Adlung-Eindlingen über den Kartoffelbau, von dem der Vortragende wünschte, daß die Landwirte ihr besonderes Augenmerk darauf richten mögen, denn die Kartoffeln seien heute neben dem Brot das wichtigste Nahrungsmittel. Der Redner sprach über die Auswahl des Bodens, die Verwendung der richtigen Düngemittel und Erfahrungen bei der Kartoffelanpflanzung. Darauf folgte die interessante Vorführung eines Films, der die landwirtschaftliche Anstalt Hohenheim zum Gegenstand hatte. Die Erläuterungen hierzu gab Wirtschaftsassistent Diez.

### Württemberg. Reichsverband Deutscher Gutsbeamten.

Als weitere Veranstaltung im Rahmen der landw. Woche fand am Sonntag nachmittag eine geschlossene Mitgliederversammlung des Landesverbands württ. Kleinbrenner statt, in der Prof. Dr. Windisch (Hohenheim) über das neue Brauweinmonopolgesetz sprach. Des weiteren war am Sonntag nachmittag eine Mitgliederversammlung des Württ.-Badischen Bezirksvereins des Reichsverbands deutscher Gutsbeamten.

### Landesversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds.

Die Landesversammlung des württ. Bauern- und Weingärtnerbunds, die am Sonntag nachmittag im Festsaal der Lieberhalle statt fand, wies einen Massenandrang auf, wie er bisher noch niemals in der Geschichte des Bundes zu verzeichnen war. Der Landesvorstand, Oekonomierat Vogt-Göschel begrüßte die Landwirte und Weingärtner aus allen Gauen des Schwabenlands und betonte die Notwendigkeit der politischen Sammlung zu einem einigen Volk von Bauern. Für den Streit, der die Teilnahme von badiischen Landwirten unmöglich gemacht habe, tragen die Ideen der Sozialdemokratie die Verantwortung. Die Einsicht der Beamten und das Starckbleiben der Regierung werden hauptsächlich in er heimisches Wirtschaftsleben vor dem Streit bewahren. Dann gedachte er des verstorbenen Königs und der verstorbenen deutschen Kaiserin in warmen Worten. Der 9. November 1918 bleibe ein Schandtag im deutschen Geschichtsbuch. Wenn die Bauern in Stuttgart gewesen wären, hätte man den König nicht aus seinem Privathaus herausgeholt. Zum Schluß forderte Vogt zur Erziehung der Jugend zu tüchtigen und religiösen Menschen auf, um das Vaterland wieder groß, stark, mächtig und frei zu machen.

Theodor Körner jung trug den Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle vor, aus dem hervorgeht, daß der Bund im vergangenen Jahr 6000 neue Mitglieder gewonnen hat. Der Geschäftsführer des bayerischen Bauernbunds Fürholzer überbrachte die Grüße der bayerischen Nachbargeneration.

Abg. Widen von der Bürgerpartei hob das Zusammenarbeiten von B. B. und F. P. hervor, um den Gegensatz zwischen Stadt und Land auszugleichen. — Abg. Direktor Ströbel sprach über Fragen der Wirtschaftspolitik, die sich auf zwei Angelpunkte vereinigten: auf die Verminderung der Lasten bzw. Herabsetzung der Entschuldigungsverordnungen und auf die Steigerung der Produktion. Nach den Feindorderungen läme auf jeden württ. Morgen 10 000 Mark Schulden. Die Verzinsung dieser Schulden sei unmöglich. — Abg. Hornung wünschte von der Regierung mehr Verständnis und Plichterfüllung gegenüber der Landwirtschaft, Abg. Dingler forderte eine grundlegende Änderung in der Arbeitszeit. — Abg. Klein sprach für die Weingärtner und das Zusammenarbeiten mit den Bauern, Abg. Dr. Wolf über Finanzfragen und Regierungswechsel und Abg. Bentler über Düngemittelfragen.

Hierauf hielt Land- und Reichstagsabg. Körner einen Vortrag über Steuerfragen und Steuerfragen der Landwirtschaft, in dem er die Finanzpolitik des Reichs und die Rückwirkung auf den landwirtschaftlichen Betrieb näher beleuchtete. Zum Schluß fand eine Erklärung Annahme, in der das Ziel aller Bemühungen, die Ernährung des eigenen Volks durch die einheimische Landwirtschaft anerkannt und eine Herabsetzung der Kriegsschädigung geordert wird.

## Vermischtes.

**Raubmord.** In St. Georgen bei Dießen am Ammersee wurden der alte Oberamtsrichter Lüber und seine Haushälterin Hiller nachts ermordet. Die Räuber steckten das Haus in Brand, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen.

**Was bedeutet der Name Yankee?** Das große englische Wörterbuch, das seit einer Reihe von Jahren von der Universität Oxford bearbeitet wird, ist nun mit dem 10. Band vollendet worden. Unter den interessantesten Worterklärungen des letzten Bands sei die Bezeichnung Yankee für den Amerikaner erwähnt. Das Wort soll aus einer Verminderungsform des holländischen Vornamens Jan, Janke entstanden sein und bedeutet also eigentlich Johannes; Janke war in den frühesten Zeiten der Besiedlung von Nordamerika ein Spitznamen für den holländischen Kolonisten. Ein berühmter nordamerikanischer Seeräuber des 17. Jahrhunderts wurde der „Holländische Yank“ genannt, und von den holländischen Siedlern ist dann die Bezeichnung auf den Nordamerikaner überhaupt übergegangen. Der Yankee-Doodle, das amerikanische Nationallied, ist ursprünglich eine Verhöhnung der Kolonialtruppen. Das Spottlied wurde 1755 von einem englischen Offizier des Lord Amherst verfaßt.

**Die sogenannten Menschenaffen.** Vor einiger Zeit wurde die Affenstation von Teneriffa, wo dank einer Anregung deutscher Tierforscher und Tierpfleger eine größere Anzahl kameruner Schimpansen zur Vornahme von Verstandsprüfungen gehalten wurden, in den Berliner Tiergarten übergeführt, wo die Untersuchungen von Professor W. Köhler und anderen fortgesetzt werden; sie erweitern unsere bis heute noch so lückenhaften Kenntnisse über das Seelenleben der Menschenaffen in hohem Maß. Professor Dr. Hed, der Direktor der Berliner Tiergartens, machte darüber jüngst interessante Mitteilungen. Von den drei menschenähnlichsten Affen unterscheidet sich der rot- und langhaarige Orang von Sumatra und Borneo, der die kürzesten Beine und längsten Arme hat, als altes Männchen den mächtigsten Keschack und dicke Badenwülste trägt und überhaupt dem Menschen am unähnlichsten ist, scharf von den beiden schwarzhaarigen afrikanischen Arten, dem Schimpanse und dem Gorilla. Das Skelett dieser Menschenaffen zeigt mit dem des Menschen ziemlich große Ähnlichkeit; aber daß die Menschen von Affen abstammen, ist eben ein Unsinn. Die „Menschenaffen“ sind trotz vieler körperlicher Ähnlichkeiten echte Tiere; die Eigenschaften in Skelett erwarben sie als Baumkletterer, während der Mensch den aufrechten Gang hat. Das Gehirn des schwersten Gorillas ist nicht schwerer als das eines neugeborenen Kindes und wiegt kaum den dritten Teil des ausgewachsenen Menschens. Vor allem fehlt erstens ein ganzes Sprachzentrum; Garners Forschungen der „Affensprache“ sind gegenstandslos, wenigstens was die Menschenaffen angeht; der einsiedlerisch lebende Orang ist ganz stumm, und auch die beiden anderen Arten verfügen nur über ganz wenige Töne, in denen der Gemütszustand zum Ausdruck kommt. Von einer Sprache kann bei den sogenannten Menschenaffen keine Rede sein. Das Mienspiel beschränkt sich auf Veränderungen der außerordentlich verlängerten Mundränder: sie machen ein „Schnücheln“, wie man das wohl auch an kleinen Menschenkindern sieht. Neuere Beobachtungen über das Freileben kennzeichnen es als eine Art unstillen Zigeunertums; jede Nacht wird an anderer Stelle ein neues Schlafnest gemacht. Die Orangs schlafen einzeln, die anderen in Gruppen, bei den Menschenaffen herrscht Einsamkeit. Die Affenmännchen werden im Alter außerordentlich muskulös, eine Erscheinung, die man bei so ausgesprochenen Pflanzen- und Fruchtressern schwer erklären kann; auch Baden- und Schnurrbart bilden sich im Alter beim Orang. Bei guter Pflege halten sich die Menschenaffen in der Gefangenschaft ziemlich lange. Sie lernen leicht allerlei Kunststücke, viel leichter als beispielsweise Pferde, zeigen aber beim Lernen nie den Eifer des Hundes. Der aufrechte Gang wird allen schwer, aber als Gleichgewichtskünstler zeigen sie zufolge natürlicher Veranlagung am besten ihre Fähigkeiten. Am längsten hält der Schimpanse in der Gefangenschaft aus; die „Missie“ im Berliner Tiergarten lebte dort 16 Jahre. Nach dem Urteil Köhlers über die Schimpansegesellschaft von Teneriffa haben diese tatsächlich einen höheren Verstand als beispielsweise die Katzen und andere Tiere. Zu ihrer Prägung werden vor allem der Freistrieb und der Freiheitstrieb benutzt. Nach langem Herumprobieren finden sie zuerst die Möglichkeit, freizukommen, ganz zufällig; allmählich lernen sie, doch die ursächlichen Zusammenhänge bleiben ihnen immer verborgen. Auch der Gebrauch eines Werkzeugs konnte festgestellt werden, den wir ja auch von den Bavianen kennen, die mit Steinen nach Früchten werfen. Um eine hoch angebrachte Frucht zu erlangen, türmen sie wohl Risten unregelmäßig aufeinander, oder benutzen einen Stock, stecken auch wohl ein Bambusstange in die andere, wenn die eine nicht lang genug ist. In bezug auf Charakter und Begabung zeigen die verschiedenen Mitglieder der Gesellschaft beträchtliche Unterschiede; für Verstandsprüfungen sind sie deshalb besonders geeignet, weil sie sich in Folge des Zusammenlebens ihre wahre Affennatur besser und länger bewahren als die in Einzelhaft gehaltenen, die nur mit dem Menschen in Verbindung kommen. Alles in allem genommen kann man sagen, daß der Intellekt der Menschenaffen die niederste Stufe des tierischen Menschen nicht überschritten hat.

### Mutmaßliches Wetter.

Neue Störungen kündigen sich an. Am Donnerstags und Freitag ist zeitweilig bedecktes und etwas milderes, aber noch vorherrschend trockenes Wetter zu erwarten.

### Lokales.

Wildbad, den 8. Februar 1922.

— Keine Postsendungen nach Baden. Von den Postanstalten in Württemberg werden bis auf weiteres Pakete mit und ohne Wertangabe, Wertbriefe, Päckchen, Drucksaften und Warenproben nach Baden und darüber hinaus nicht mehr angenommen.

L. C. Früchte der Zwangswirtschaft. Die Geschäftsstelle des Kommunalverbands Oberndorf hat durch eine Bekanntmachung vom 16. Nov. 1921 Kleie aus Umlagegetreide zum Kauf an. Infolge des Futtermangels meldeten sich verschiedene Bauern, welche Kleie beziehen wollten. Nachdem verschiedene Anmeldungen vorlagen, teilte der Kommunalverband am 9. Dezember mit, daß die Kleie infolge Notordbefehls und Wasser mangels nicht rechtzeitig bereitgestellt worden sei und daß inzwischen der Preis für den Doppelzentner Kleie auf 300 M. erhöht worden sei. Die Landwirtschaftskammer wandte sich daraufhin durch die Landesgetreidestelle an die Reichsgetreidestelle mit dem Antrag, den Landwirten die Kleie zu dem früheren, billigeren Preis zu überlassen, da es als ungerechtfertigt empfunden werden müsse, wenn die Landwirte für das Umlagegetreide 230 M. pro Doppelzentner erhielten, für die bei der Ausmahlung anfallende Kleie aber 300 M. pro Doppelzentner bezahlen müßten. Die Reichsgetreidestelle gab hierauf folgenden Bescheid: „Die Preisberechnung für Kleie ab 1. Dez. 1921 ist auf Veranlassung des Reichsernährungsministeriums im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs, sowie in Anerkennung auf die Preisbildung für freie Kleie erfolgt. Bei dieser Sachlage bebauern wir, dem Antrag nicht näher treten zu können.“ Es erübrigt sich, hierzu etwas zu bemerken.

